

# Manifeste Veränderungen

## Wie sich das Lager der Rechten programmatisch neu ausrichtet

---

Manifeste sind Texte, die Rahmenprogramme darlegen und zu Veränderung aufrufen. Lange Zeit war diese Gattung eher eine Spezialität der politischen Linken, doch das hat sich geändert. Anlass genug für Dieter Plehwe, politische Manifeste der jüngeren Zeit zu analysieren, um Strategien rechter Bewegungen besser zu verstehen.

*Dieter Plehwe*

**B**is in die jüngere Vergangenheit war die Geschichte der politischen und kulturellen Manifeste selbst gleichermaßen ein Manifest für Fortschritt. In den Texten ging es meist um Widerstand gegen Tradition, Macht und Herrschaft und um den Glauben an Veränderung und Emanzipation. Vom kommunistischen Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Jahr 1848 über den offenen Brief Émile Zolas gegen den Antisemitismus von 1898 und das Manifest der Bauhaus-Bewegung von 1919 bis hin zum Manifest der Situationisten (1960) oder dem feministischen Manifest von Valerie Solanas von 1967: Immer wieder schrieben Intellektuelle Aufrufe zum Kampf gegen Unterdrückung, Anpassung und Unterwerfung in Wirtschaft, Kunst, Geschlechterverhältnissen und Gesellschaft. Gefordert wurden wirtschaftliche Selbstbestimmung, soziale Gleichheit, Frauenrechte und individuelle Selbstverwirklichung.

Weniger breite Beachtung fanden demgegenüber lange Zeit die konservativen und rechten Manifeste. Dazu zählen Edmund Burkes Reflexionen zur französischen Revolution im 18. Jahrhundert oder das konservative Manifest von G. K. Chesterton aus dem Jahr 1945 in Großbritannien. Populärer waren bereits das Manifest von Jean-Marie Le Pen Front National von 2002 und das Mani-

fest der Identitären Bewegung von 2013, beide unter starkem Einfluss neurechter Intellektueller in Frankreich. In dieser konservativen bis reaktionären Linie manifestiert sich der erklärte Widerstand gegen die großen gesellschaftlichen Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg, die zuerst häufig unter eher linken – sozialdemokratischen, sozialliberalen – und dann unter rechten – neoliberalen – Vorzeichen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge modernisierten. Der Sozialliberalismus erweiterte und globalisierte soziale Rechte, zielte auf soziale Mobilität und die Überwindung überkommener Rollenmuster, auf Individualisierung. Die neoliberale Bewegung drängte soziale Rechte zurück und privilegierte die ökonomischen Freiheitsrechte, zielte auf eine globale Wirtschaftsverfassung und ökonomische Dynamik, denen sich Kultur und Sozialwesen unterzuordnen hatten. Weil sich konservative Parteien, die „alte“ Rechte, am Auf- und Ausbau des Wohlfahrtsstaates beteiligten, bezeichneten sich die neoliberalen Vorkämpfer des Reaganismus und Thatcherismus in Abgrenzung dazu als „Neue Rechte“. Doch gerade in diesem Lager sind in jüngster Zeit höchst dynamische Weiterentwicklungen und neue Abgrenzungen zu beobachten.

Die Debatten der 1970er-Jahre konzentrierten sich stark auf wirtschaftspolitische Fragen.

Laut wurden Forderungen nach „mehr Markt“, „weniger Staat“ und „Deregulierung“ vorgetragen. Aber schon die Gründer der neoliberalen Mont-Pèlerin-Gesellschaft zielten nicht nur auf ökonomische Freiheit, sondern attackierten auch die Relativierung kultureller Normen. Unter dem Namen „Neue Rechte“ versammelte sich eine bunte Allianz aus marktliberalen, religiös-traditionalistischen und anti-kommunistischen Kräften.

### „Das Gegenkonzept der Neuen Rechten zum Wohlfahrtsstaat war die lokale Gemeinschaft, in der Tradition der christlichen Soziallehre“

Zu erleben war diese Allianz zum Beispiel in den USA bei der Unterstützung des Präsidentschaftskandidaten Ronald Reagan im Wahlkampf 1980 (und schon bei dessen Parteinahme für den republikanischen Kandidaten Barry Goldwater in den 1960er-Jahren). Diese Republikaner begründeten die als „fusionism“ bekannte Linie, eine Verbindung von Traditionalismus und libertärem Denken. Margaret Thatcher attackierte in Großbritannien die Vorstellung von der Gesellschaft als Instanz zur Lösung von sozialen Fragen und betonte demgegenüber die Pflichten von Individuum, Familie und Nachbarschaft. Das Gegenkonzept der Neuen Rechten zum Wohlfahrtsstaat war die lokale Gemeinschaft, in der Tradition der christlichen Soziallehre. Weil das Ende der sozialistischen Staatengemeinschaft, die wirtschaftliche Dynamik der ökonomischen Globalisierung und verschiedene Krisen weltweit starke Migrationsbewegungen auslösten, gerieten Gemeinden und Gemeinschaften vielerorts unter Druck.

Das neoliberale Programm der Deregulierung verstärkt soziale Unsicherheit und (Arbeits-) Migration. Das fördert kosmopolitische Perspektiven, kulturelle und religiöse Öffnung. Gleichzeitig wird aber die soziale Stabilität traditioneller Gemeinschaften in Frage gestellt. Die Reaktion der konservativen Parteien auf diese Ambivalenz der Globalisierung wirkte hilflos: Der CDU-Politiker Jürgen Rüttgers prägte die ausländerfeindliche Parole „Kinder statt



**Dieter Plehwe** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Kassel. Zu seinen Forschungsthemen gehören Neoliberalismus, politische Mobilität und europäische Integration.  
[dieter.plehwe@wzb.eu](mailto:dieter.plehwe@wzb.eu)

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Inder“, Außenminister Hans-Dietrich Genscher von der FDP postulierte: „Wir sind kein Einwanderungsland.“ Immer ging es um eine Beschränkung der Zuwanderung, wenn auch unter den Prämissen der Marktliberalisierung. Die jüngste Variante der Neuen Rechten stellt sich anders dar.

### „Die neueste Neue Rechte setzt auf nationale Unabhängigkeit, die Ablehnung von Imperialismus und Globalismus und den Vorrang nationaler Regierungen“

Zwar trägt auch die neueste „Neue Rechte“ Elemente der neoliberalen Rhetorik vor – mit einem Fokus auf Privateigentum, Wettbewerb und einem starken, aber begrenzten Staat. Aber sie lehnt den expansiven, universellen und globalen Charakter des herkömmlichen neoliberalen und sozialkonservativen Projektes deutlich ab. Die transatlantische Autor\*innengruppe der Edmund Burke Foundation um ihren Vorsitzenden Yoram Hazony verfasste 2022 ein „Statement of Principles“, das mit folgenden Worten beginnt: „Wir sind Bürger der westlichen Nationen, die alarmiert sind davon, dass die traditio-

nellen Überzeugungen, Institutionen und Freiheiten, die die Länder prägen, die wir lieben, zunehmend ausgehöhlt oder gar verworfen werden“ [Übersetzung aller Zitate: d. Red.]. Im Kampf gegen die wahrgenommene Bedrohung setzt die Gruppe auf drei Prinzipien: nationale Unabhängigkeit, die Ablehnung von Imperialismus und Globalismus und den Vorrang nationaler Regierungen.

Wie sich diese Bewegung von der klassischen neoliberalen Linie abgrenzt, wird besonders deutlich an der Ausführung zum zweiten Prinzip: „Wir verurteilen den Imperialismus von China, Russland und anderen autoritären Staaten. Aber wir lehnen auch den liberalen Imperialismus der vorigen Generation ab, die Macht, Einfluss und Wohlstand gewinnen wollte, indem sie andere Nationen beherrschen und sie nach ihrem eigenen Vorbild formen wollte.“ Ebenfalls interessant ist die Anordnung der zentralen Programmpunkte: Gott und Religion mit Vorrechten der (christlichen) Mehrheit bei Anerkennung des Schutzes von religiösen Minderheiten kommen vor Rechtsstaatlichkeit und freiem Markt. Zu den Themen Privateigentum und unternehmerische Freiheit wird zudem explizit gefordert, dass diese Institutionen im Dienst der nationalen und allgemeinen Wohlfahrt stehen müssen: „Aber der freie Markt kann nicht absolut sein. Globalisierte Märkte erlauben es heutzutage fremden Mächten, Amerika und andere Staaten als Produzenten zu beschädigen, sie ökonomisch zu schwächen und ihre Gesellschaften zu spalten. Transnationale Unternehmen, die wenig Loyalität gegenüber einzelnen Staaten haben, beschädigen das öffentliche Leben, indem sie die politische Rede zensurieren, Länder mit gefährlichen und suchterzeugenden Substanzen und Pornografie überschwemmen und für obsessive und destruktive Verhaltensweisen werben.“

**„Beendet werden müsse die globalistische Gesinnung der meisten Universitäten, sie laufe nationalistischen und konservativen Ideen zuwider“**

Die Autor\*innen sprechen sich für die traditionelle Familie und eine stärkere Begrenzung der Einwanderung aus, wenden sich aber auch klar

gegen rassistische Diskriminierung. Aufschlussreich ist ebenfalls ein Passus, der die verstärkte Indienstnahme der öffentlich finanzierten Forschung für Verteidigungszwecke fordert, speziell die Förderung technologischer Entwicklung mit militärischer Anwendung. Beendet werden müsse die globalistische Gesinnung der meisten Universitäten, sie laufe nationalistischen und konservativen Ideen zuwider. „Solche Institutionen verdienen keine Unterstützung aus Steuergeldern, solange sie sich nicht wieder nationalen Interessen verschreiben. Die Bildungspolitik muss anerkannten nationalen Bedürfnissen dienen.“

**„Zunächst gerieten konservative, nach und nach auch andere Parteien stark unter den Einfluss kosmopolitisch-neoliberalen Denkens“**

Offiziell geht es dem neuen Lager des „Nationalen Konservatismus“ um die Verteidigung von Tradition und überkommener Kultur. Das klingt nach einer Rolle rückwärts, verlangt aber weitreichende Veränderungen: Die Zukunft soll sich an der Vergangenheit orientieren, die allerdings rekonstruiert, also neu interpretiert werden muss. Schübe von Modernisierung und Individualisierung sollen nicht nur ausgebremst, sondern zurückgenommen werden. Dieser Backlash wird als überfällige Reaktion auf (zu) raschen politischen und kulturellen Wandel präsentiert. Er zielt auf eine strategische Umsteuerung, die von den Akteuren keineswegs verheimlicht wird. Die Edmund Burke Foundation organisiert jährliche Konferenzen zum Thema „Nationaler Konservatismus“; ihre Webseite (<https://nationalconservatism.org/>) präsentiert eine große Zahl von Schriften und Videos. Die Aktivitäten überlappen sich mit den Conservative Political Action Conferences (CPAC) von konservativen Aktivisten und Volksvertreterinnen in den USA, die in den 2020er-Jahren auch international stattfanden (2022 in Ungarn, 2024 in Argentinien).

Misst man Inhalt und Bedeutung von jüngeren Manifesten, dann verlagert sich die gesellschaftliche Dynamik zunehmend ins Lager der Neuen Rechten. Neben der Entwicklung einer

Programm-Kompetenz im Detail (Brexit, „Re-Migration“ etc.) geht es um die großen Linien, um die Beeinflussung von Parteiprogrammen und Denkweisen im rechten beziehungsweise konservativen Lager und darüber hinaus. Um politisch wirksam zu werden, müssen diese Manifeste von Parteien und weiteren Akteuren konkretisiert werden. In der jüngeren Geschichte des konservativen Lagers gelang eine solche Neuprogrammierung offenbar zwei Mal: Die erste neurechte Programmatik attackierte den regulierten Sozialstaatskapitalismus und betonte die marktwirtschaftliche Globalisierung. Der Erfolg war umfassend. Zunächst gerieten konservative, nach und nach auch andere Parteien stark unter den Einfluss kosmopolitisch-neoliberalen Denkens.

Die zweite neurechte Programmatik begnügt sich nicht mit dem Umbau oder Abbau des Sozialstaats. Die aktuelle Generation der Neuen Rechten betont traditionelle Werte wie Nation, Gemeinschaft, Religion und Kultur und begründet damit eine neue Art selektiver Solidarität. Damit erscheint sie vielen im Grundsatz als anti-(neo-)liberal. Das ist ein Missverständnis, weil schon die Neue Rechte der 1960er- und 1970er-Jahre Kommunitarismus und traditionelle Werte als wichtige Grundlagen der Marktgemeinschaft betonte und Freiheitsrechte mit Besitz verknüpfte. Wirklich neu aber sind der rabiate Nationalismus und der militante Militarismus, die Abwendung von akademischer

Freiheit in Forschung und Lehre sowie die Abkehr von Formen der supranationalen Governance-Architektur im Rahmen der Vereinten Nationen, aber auch der Europäischen Union, die allerdings schon im Lager der Neoliberalen umstritten war.

Yoram Hazonys Buch „The Virtue of Nationalism“ stieß bei seinem Erscheinen 2018 auf großes Interesse und schneidende Kritik. Der Autor leitet einen romantischen Nationalismus historisch aus einem heroischen Kampf der Niederlande und Großbritanniens gegen das Heilige Römische Reich Deutscher Nation und das Habsburger Kaiserreich ab. Liberalismus setzt Hazony mit Internationalismus gleich, obwohl nationalliberales Denken in vielen Ländern vorherrschte. Hazonys neue Interpretation der europäischen Geschichte stößt daher zu Recht auf Widerspruch. Wenn aber die Zeitschrift *The Economist* im Februar 2024 auf ihr Cover schreibt: „The right goes gaga. Meet the Global Anti-Globalist Alliance“, trägt sie kaum dazu bei, die neue Sinnstiftung im Lager der Neuen Rechten zu begreifen. Hazony knüpft bei den Idealen der schottischen Aufklärung an, um eine neue Brücke zwischen Religion, Tradition und säkularen Formen nationaler Herrschaft zu schlagen. Phantasie und neue Ideen für internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung globaler Krisen sind allerdings nicht zu erwarten. ●

## Literatur

Amidon, Steven Russel: *Manifestoes: A Study in Genre*. University of Rhode Island, 2023. DOI: 10.23860/diss-amidon-stevens-2003.

Hazonys, Yoram: *The Virtue of Nationalism*. New York: Basic Books 2018.

Plehwe, Dieter/Farrell, Justin/Araldi, Lucas/Bryant, Jesse Callahan/Callison, William/et al.: „Climate Policy Obstruction on the Right and Far Right“. In: Timmons Roberts/Carlos Milani/Jennifer Jacquet/Christian Downie (Hg.): *Global Assessment of Climate Obstruction*. Oxford: Oxford University Press 2025 (im Erscheinen).

Slobodian, Quinn/Plehwe, Dieter: „Neoliberals Against Europe“. In: William Callison/Zachary Manfredi (Hg.): *Mutant Neoliberalism. Market Rule and Political Rupture*. New York: Fordham University Press 2020, S. 89-111.